



DIE EINHEITS- KASSE SCHADET UNSERER GESUNDHEIT

Die wichtigsten
Argumente gegen
die Einheitskasse
in Kürze

alliance santé
Postfach 63
8024 Zürich

Tel. +41 44 266 67 66
Fax +41 44 266 67 00
info@alliance-sante.ch
www.alliance-sante.ch

alliance  santé

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Einheitskassen-Initiative ist alter Wein in neuen Schläuchen. Bereits zum dritten Mal unterbreitet die SP den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Idee einer Einheitskasse, obwohl das Volk dieses Anliegen stets wuchtig abgelehnt hat – zuletzt im Jahr 2007.

Unter dem Dach der alliance santé haben sich namhafte Organisationen und Verbände von Spitälern, Ärztinnen und Ärzten sowie weiteren Leistungserbringern, Konsumenten, Krankenversicherern, Wirtschaft und Gewerbe zusammengeschlossen, um sich gemeinsam mit der Politik gegen die Einheitskassen-Initiative zu engagieren. Diese breite Trägerschaft macht deutlich, dass es bei der Initiative um viel mehr geht als das Schicksal einzelner Krankenversicherer – es geht um die Zukunft der medizinischen Grundversorgung in unserem Land.

Die Mitglieder der alliance santé halten die radikale Abkehr vom heutigen und bewährten System für unverantwortlich. Sie sind überzeugt, dass mit der staatlichen Einheitskasse die hohe Qualität unseres Gesundheitswesens aufs Spiel gesetzt würde.



Karin Keller-Sutter
FDP-Ständerätin, Kanton St. Gallen

G. G. G.



Urs Schwaller
CVP-Ständerat, Kanton Freiburg

Urs Schwaller

DIE EINHEITSKASSE BAUT AUF LEERE VERSPRECHEN

Die Initiantinnen und Initianten versprechen, dass mit der Einheitskasse die Kosten im Gesundheitswesen sinken werden. Eine glaubwürdige Begründung dafür sind sie bis heute schuldig geblieben.

Das Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie präsentierte im Sommer 2013 erstmals nachvollziehbare Zahlen. Alleine die Umstellung auf eine Einheitskasse würde die Schweizer Bevölkerung im Minimum 2 Milliarden Franken kosten. Eine vierköpfige Familie müsste dafür ohne Gegenwert rund tausend Franken bezahlen.

Viel kräftiger werden die Auswirkungen der Einheitskasse auf die jährlich anfallenden Gesundheitskosten zu Buche schlagen. Der Bundesrat warnt in seiner Botschaft an das Parlament davor, dass mit dem Wegfall des kostendämpfenden Wettbewerbs die Prämien künftig stärker steigen werden.

Selbst SP-Bundesrat und Gesundheitsminister Alain Berset sagt, dass sich mit der Einheitskasse kein Franken sparen lässt. Dies erstaunt nicht. Von 100 Prämienfranken werden heute 95 Franken für medizinische Leistungen ausgegeben. Diese werden auch mit einer staatlichen Monopolkasse nicht billiger. Die Verwaltungskosten der Krankenversicherer sind mit rund 5 Prozent im Vergleich mit anderen staatlichen Sozialversicherungen bereits heute mit Abstand am tiefsten.



NEIN zu höheren Kosten für weniger Leistung

DIE EINHEITSKASSE GEFÄHRDET UNSER HERVORRAGENDES GESUNDHEITSSYSTEM

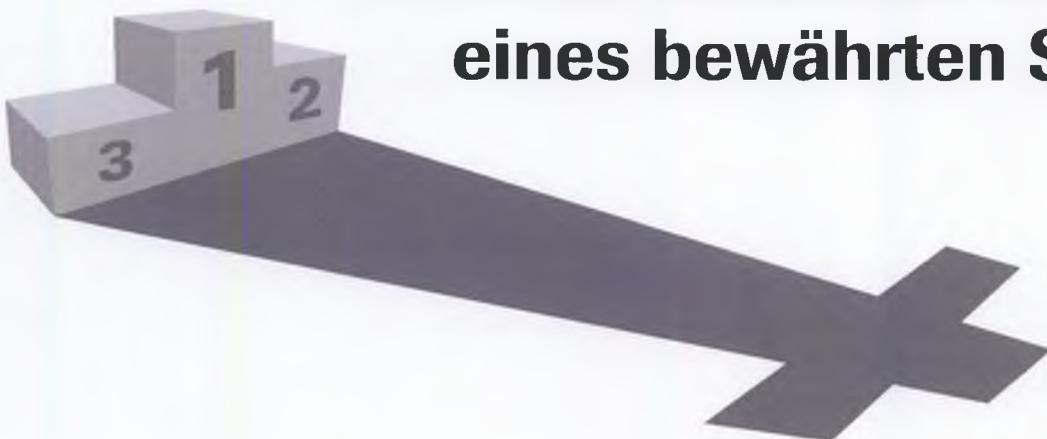
Das Schweizer Gesundheitssystem ist Weltspitze :

In der Schweiz leben Frauen und Männer nicht nur am längsten, sie bleiben auch am längsten gesund.

- › Wir geniessen ein hohes Mass an Wahlfreiheit und Selbstbestimmung. Jedermann kann sich seinen Krankenversicherer, sein Versicherungsmodell und die Höhe der Franchise sowie den Arzt selber aussuchen.
- › Jeder Versicherte hat einen raschen und sicheren Zugang zu einer qualitativ hochstehenden medizinischen Grundversorgung – unabhängig von seinem Einkommen, Alter oder Gesundheitszustand.
- › Unser Gesundheitswesen ist solidarisch finanziert. Einkommensschwache Personen werden mit individuellen Prämienverbilligungen direkt unterstützt.
- › Unser Gesundheitswesen ist weitgehend schuldenfrei finanziert. Frankreich hingegen hat seit dem Jahr 2000 Schulden von rund 120 Milliarden Franken angehäuft.

Alle diese Stärken sind das Resultat des regulierten Wettbewerbs.

**NEIN zur radikalen Änderung
eines bewährten Systems**



DIE EINHEITSKASSE ÖFFNET DEM ABBAU MEDIZINISCHER LEISTUNGEN TÜR UND TOR

Das gibt es in keinem anderen Land: Im Krankheitsfall kann in der Schweiz jedermann auf eine rasche und qualitativ hochstehende medizinische Versorgung zählen, die von der Grundversicherung vergütet wird.

Eine Einheitskasse hingegen wird unter Spardruck über kurz oder lang medizinische Leistungen streichen.

Zum Vergleich: Im schuldengeplagten England mit staatlich gelenktem Gesundheitssystem wird eine Operation des grauen Stars nur noch dann bezahlt, wenn dem Patienten sonst Arbeitsunfähigkeit droht. Im französischen Einheitskassensystem müssen Patientinnen und Patienten unter Umständen monatelang auf eine Operation warten.

Auch der Sanierungsfall der staatlichen Invalidenversicherung (IV) verheisst nichts Gutes. Nachdem sich über Jahre ein Schuldenberg von rund 14 Milliarden Franken angehäuft hat, muss nun gespart werden.

**NEIN zur Rationierung
medizinischer Leistungen**





Dr. med. Felix Huber
Medizinischer Leiter
und Vorsitzender der
Geschäftsleitung mediX
Zürich

«Die Einheitskasse hat wie in einem staatlichen System die Möglichkeit, die medizinischen Leistungen einzuschränken und das wird sie auch versuchen, wenn die Kosten steigen werden.»

«Die Einheitskasse führt auf direktem Weg zur Staatsmedizin. Ein Blick ins Ausland zeigt: Staatliche Gesundheitssysteme gefährden die Qualität der medizinischen Versorgung und die Patientenzufriedenheit nimmt ab.»



Dr. med. Beat Manser
Ehemaliger Präsident
der Ärztesgesellschaft
des Kantons Luzern



Babette Sigg
Präsidentin
Konsumentenforum

«Aus Konsumentensicht kann ein System ohne Wahlfreiheit keine Option sein. Denn die Wahlfreiheit ist der Garant für Selbstbestimmung, Servicequalität und Innovation. Ein Monopolist hingegen macht aus Kunden Bittsteller.»



Prof. Dr. Stefan Felder
Professor für Health
Economics, Universität
Basel

«Eine monopolistische Einheitskasse ist weder ökonomisch noch medizinisch sinnvoll. Sie wird uns ohne Mehrwert viel Geld kosten.»

«Wo Einheitskassen am Werk sind, werden medizinische Leistungen gekürzt. Das zeigt der Blick ins Ausland.»



Margrit Kessler
Präsidentin des
Stiftungsrates SPO
Patientenschutz



Rolf Zehnder
Direktor Kantonsspital
Winterthur

«Die Hoffnung, dass die Bürokratie mit einer Einheitskasse abnimmt, ist unrealistisch. Der Staat wird mit einem ganzen Wust an neuen Vorgaben auf uns zu kommen. Gleichzeitig wird das System unflexibel und starr.»

DIE EINHEITSKASSE SCHAFFT UNSERE WAHLFREIHEIT AB

Will ein Versicherer im Krankenversicherungsmarkt bestehen, muss er sich positiv von der Konkurrenz abheben. Als Versicherte können wir im Endeffekt aus einem attraktiven Angebot auswählen. Es überrascht darum nicht, dass 90 von 100 Versicherten gemäss Umfragen mit ihrer Krankenversicherung sehr zufrieden sind. Wer nicht zufrieden ist, hat die Möglichkeit, zu einem anderen Anbieter zu wechseln.

Eine staatliche Einheitskasse hingegen schafft die Wahlfreiheit ab und macht uns zu Zwangsversicherten und zu Bittstellern. Es kann sich niemand gegen schlechten Service wehren, indem er auf einen anderen Krankenversicherer ausweicht.

Die Einheitskasse schränkt die Versicherten auch bei den medizinischen Leistungen ein. Staatliche Gesundheitssysteme – das zeigt ein Blick ins Ausland – schränken die freie Arztwahl ein und diktieren den Behandlungsweg oftmals von A bis Z.

NEIN zur Abschaffung der Selbstbestimmung



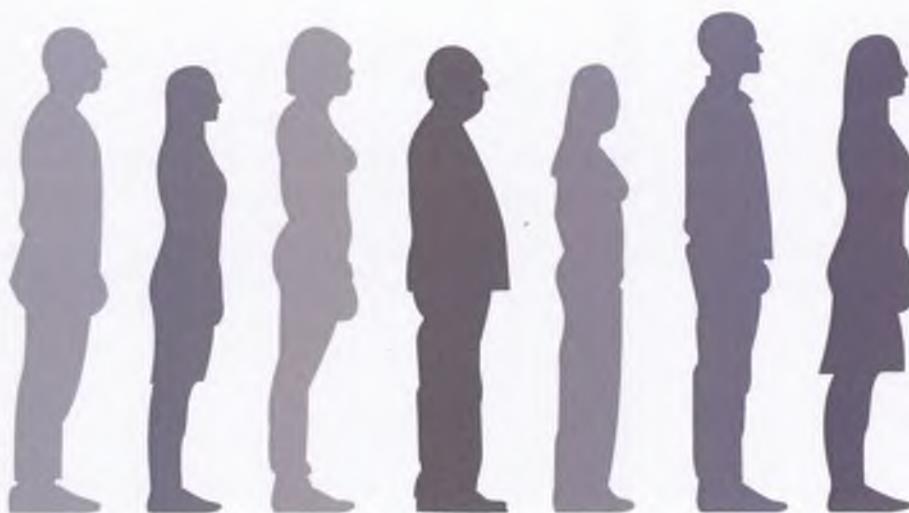
DIE EINHEITSKASSE SERVIERT UNS EINHEITSBREI

Die Initiantinnen und Initianten behaupten, dass der Wettbewerb zwischen den Versicherern unnütz sei, weil in der Grundversicherung alle Anbieter die gleichen medizinischen Leistungen abdecken müssen. Dieser Logik gemäss bräuchten wir in der Schweiz nur ein einziges Lebensmittelgeschäft, das unseren Grundbedarf an Nahrung deckt.

Wettbewerb bringt den Versicherten einen direkten Nutzen. Er fördert Vielfalt, Innovation und Qualität. Nur dank der Konkurrenz haben die Krankenversicherer einen Anreiz, bedürfnisgerechte und innovative Versicherungsprodukte anzubieten, denn sie müssen um die Gunst der Kunden kämpfen. Heute haben wir deshalb unter anderem die Wahl zwischen Hausarzt-, HMO- oder Telmed-Modellen.

Für einen Monopolisten in der Krankenversicherung hingegen ist es am einfachsten, einen Einheitsbrei aufzutischen. Wir haben keinerlei Einfluss mehr auf die Servicequalität und die Höhe unserer Prämien. Unsere individuellen Bedürfnisse spielen mit der Einheitskasse keine Rolle mehr.

NEIN zur Abschaffung von Vielfalt und Innovation



DARUM GEHT ES

Die Initiative fordert die Verstaatlichung der Grundversicherung.

Die Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse» fordert, dass die obligatorische Krankenpflegeversicherung (soziale Grundversicherung) nicht mehr wie heute von mehreren Krankenversicherern durchgeführt wird, sondern nur noch von einer einzigen, vom Bund zu schaffenden Krankenkasse (staatliche Einheitskasse). Die nationale Einrichtung soll über kantonale oder interkantonale Agenturen verfügen, die namentlich die Prämien festlegen und einziehen sowie die Leistungen vergüten.

	Heutiges System	System Einheitskasse
Anbieter	Rund 60 privat geführte Krankenversicherer (regulierter Wettbewerb).	Eine einzige, staatliche Einheitskasse mit je einer Agentur pro Kanton oder Region (Monopolsituation).
Wahlfreiheit	<ul style="list-style-type: none">• Freie Wahl unter rund 60 Krankenversicherern• Jährlicher Wechsel möglich	<ul style="list-style-type: none">• Zwangsmitgliedschaft in Einheitskasse des Wohnkantons• Keine freie Kassenwahl und kein Kassenwechsel möglich• Wechselzwang bei Umzug in anderen Kanton
Zusatzversicherung	Grund- und Zusatzversicherung beim gleichen Anbieter oder bei zwei verschiedenen Krankenversicherern möglich.	Grund- und Zusatzversicherung aus einer Hand nicht möglich.
Prämie	Die Versicherten können die Prämienhöhe je nach Wahl des Arztmodells sowie der Kostenbeteiligung (Franchise) selber beeinflussen.	Pro Kanton gibt es nur noch ein Grundversicherungsmodell mit einer einheitlichen Prämie.

DER BUNDESRAT SAGT NEIN ZUR EINHEITSKASSE

Aus der bundesrätlichen Botschaft:

- › «Die Versicherten hätten nicht mehr wie heute die Möglichkeit, den Versicherer zu wechseln, wenn sie mit der Leistungsabwicklung oder mit der Servicequalität nicht zufrieden sind.»
- › «Auch wenn offen bleiben muss, wie die Initiative konkret umgesetzt würde, ist der Bundesrat überzeugt, dass die Initiative auch keine kostendämpfende Wirkung mit sich bringen würde.»
- › «Da bei einer Annahme der Volksinitiative kein Wettbewerb mehr unter den Versicherern spielen würde, da es nur noch einen gäbe, wäre mit einem Anstieg der Prämien in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu rechnen.»
- › «Der Bundesrat ist überzeugt, dass das Ziel der Kosteneindämmung mit wirtschaftlichen Anreizen für alle beteiligten Akteure besser erreicht werden kann als mit einem System mit nur einem Versicherer.»
- › «Konflikte innerhalb der Organe, wie sie im Vorschlag der Initianten der öffentlichen Krankenkasse vorgesehen sind, sind unter anderem bei der Aushandlung der Tarife unvermeidlich.»
- › «Im Zusammenhang mit der Übernahme der Aktiven und Passiven der bestehenden Einrichtungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung durch die öffentliche Einheitskrankenkasse stellen sich heikle rechtliche Probleme.»

NEIN zur Abkehr von unserem hervorragenden Gesundheitswesen

**Die Einheitskasse wird unter Spardruck medizinische
Leistungen streichen**

NEIN zur Abschaffung der Wahlfreiheit

**Die Einheitskasse macht uns zu Bittstellern und nimmt
uns Vielfalt und Auswahl**

NEIN zu leeren Versprechen

Die Einheitskasse wird unser Portemonnaie nicht entlasten

**Werden Sie Mitglied
bei der alliance santé:**

www.alliance-sante.ch

alliance santé
Postfach 63
8024 Zürich

Tel. +41 44 266 67 66
Fax +41 44 266 67 00
info@alliance-sante.ch
www.alliance-sante.ch

alliance santé 

Quelle: <http://alliance-sante.ch>